Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7192**

14. Wahlperiode 18. 10. 2001

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/6994 –

Reaktionen von rechtsextremen Organisationen auf die Terroranschläge in den USA

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Terroranschläge auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington sind weltweit mit Bestürzung und Fassungslosigkeit aufgenommen worden.

In mehreren Ländern aber haben gleichzeitig rechtsextremistische Organisationen, Parteien und Zusammenschlüsse die terroristischen Anschläge begrüßt, legitimiert oder sogar bejubelt.

Seit dem 12. September 2001 beispielsweise ist auf der Homepage des „Deutschen Kollegs" eine Erklärung mit dem Titel „Independence day live" zu lesen, für die Horst Mahler, NPD-Mitglied und NPD-Rechtsbeistand im laufenden Verbotsverfahren, verantwortlich im Sinne des Presserechts zeichnet. Darin heißt es u. a.:

„Die militärischen Angriffe auf die Symbole der mammonistischen Weltherrschaft sind – weil sie vermittelt durch die Medien den Widerstandsgeist der Völker beleben und auf den Hauptfeind ausrichten – eminent wirksam und rechtens." (www.deutsches-reich.de/deutscheskolleg/independence.htm)

In einer Erklärung vom 15. September 2001 stellt sich die NPD zustimmend hinter die Erklärung des „Deutschen Kollegs". Wörtlich heißt es in der Erklärung der NPD:

„Während in den Medien Ursache und Wirkung absichtlich vertauscht und wichtige staatsrechtliche Aspekte in den Hintergrund gedrängt werden, nennt die nationale Opposition die Dinge beim Namen: ‚Das Symbol der weltweiten Ausbeutung und Globalisierung ist gefallen', kommentiert zum Beispiel der Nationale Widerstand auf seiner Internetseite. Das Deutsche Kolleg erklärte, die Angriffe seien ‚eminent wirksam und deshalb rechtens'. Sie markierten ‚das Ende des amerikanischen Jahrhunderts' und des globalen Kapitalismus. Dem ‚Vernichtungskrieg der Globalisten gegen die Kulturen der Völker' sei ‚jetzt erstmals auf amerikanischem Boden eine militärische Niederlage beigebracht worden'." (www.npd.net/npd-pv/aktuell/index.html)

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 15. Oktober 2001 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Das „Aktionsbüro Norddeutschland“ überschreibt seine Erklärung zu der Anschlagserie in den USA mit „Ein Schluck von der eigenen Medizin…!“ und auf der Homepage des NSAW ist zu lesen „Jeder weiß dass die amerikanische Ostküste das Weltzentrum des internationalen Judentums ist.“ (www.stormpages.com/nsaw/flammable-usa2.htm)

Am 16. September 2001 meldet die Nachrichtenagentur ap: „Die Anschläge in den USA rufen zunehmend Rechtsextremisten in Deutschland auf den Plan: Während einer Trauerdemonstration in Stralsund für die Terroropfer verbrannten Neonazis am Samstag eine US-Flagge. Unbekannte beschmierten die KZ-Gedenkstätte Dachau mit antiamerikanischen und antisemitischen Parolen. […] Auf den Rückseiten zweier früherer KZ-Baracken in Dachau wurden am Sonntagmorgen Parolen wie ‚Juda verrecke‘, ‚Der Jude ist der Provokateur‘ und ‚USA Anstifter des 3. Weltkrieges‘ entdeckt. Auch die stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der Juden […] seien geschmäht worden, sagte [eine] Gedenkstätten-Mitarbeiterin […].“

Die „Süddeutsche Zeitung“ verweist auf Einschätzungen der Sicherheitsbehörden: „Nach dem Motto ‚War ’ne gute Idee‘ befürchten sie [die Sicherheitsbehörden] nun Gewalttaten von deutschen Rechten, auch wenn die nicht das Potenzial von Gotteskriegern haben. Die nahe liegendste Befürchtung: Sie werden auf Ausländer einprügeln oder Moscheen in Brand setzen.“ (Süddeutsche Zeitung, 20. September 2001).

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Reaktionen deutscher Rechtsextremisten auf die Anschläge reichen von entschiedener Verurteilung bis hin zu uneingeschränktem Jubel. Ein Großteil der rechtsextremistischen Szene beurteilt die Terroranschläge als „Befreiungstat unterdrückter Völker“ gegen die USA und eine angeblich jüdisch dominierte Finanzwelt. Der Tod unschuldiger Opfer wird zwar meist bedauert, mit dem Hinweis auf „amerikanisch verschuldete Kriegsopfer z. B. in Deutschland, Japan und Vietnam“ aber relativiert. Verschiedene Rechtsextremisten äußern sich fremdenfeindlich im Hinblick auf die vermutliche Verstrickung islamistischer Extremisten in die Terroranschläge gegen die USA. Die fremdenfeindliche Agitation beinhaltet die Forderung nach einer verschärften Überwachung insbesondere von in Deutschland lebenden Fundamentalisten, die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl und ein Verbot der politischen Betätigung für Asylbewerber bis hin zu einer undifferenzierten Ausweisung aller Ausländer. Vereinzelt wurde auch Gewalt gegen Ausländer befürwortet. Insgesamt wird die Ausländerfeindlichkeit derzeit jedoch vor allem in den Kreisen der Neonazis und gewaltbereiten Rechtsextremisten von einer starken antiamerikanischen Haltung überlagert. Zudem gibt es verschwörungstheoretische Äußerungen, wonach die Terroranschläge durch US-amerikanische und israelische Geheimdienste initiiert worden seien, um dadurch militärische Operationen gegen Feinde der USA und Israelis zu legitimieren und die Vormachtstellung der Vereinigten Staaten zu sichern.

Die im Folgenden wiedergegebenen Zitate stehen beispielhaft für Reaktionen der rechtsextremistischen Szene.

1. Wie reagieren rechtsextreme Parteien und Organisationen in Deutschland auf die Anschlagserie in den USA (bitte für jede Partei und Organisation einzeln dokumentieren)?

a) Welche direkten oder indirekten Befürwortungen oder Verharmlosungen der Anschläge in den USA von rechtsextremen Parteien und Organisationen sind bekannt geworden (bitte für jede Partei und Organisation einzeln dokumentieren)?

Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) reagiert uneinheitlich auf die Terrorakte. Während sie in offiziellen Stellungnahmen Gewalt als Mittel der Politik zwar grundsätzlich ablehnt, behauptet sie gleichzeitig, dass die Aktivitäten der USA in der Vergangenheit überhaupt erst Auslöser dieser Terroranschläge seien. Zu Kontroversen innerhalb der NPD führten Erklärungen des neonazistisch dominierten Landesverbands Schleswig-Holstein, der die Terroranschläge als „Befreiungsschlag der freien Welt gegen die imperialistische Politik der USA“ bezeichnete. Auch der Rechtsanwalt Horst Mahler rechtfertigte die Terroranschläge als „eminent wirksam und deshalb rechtens …“. Bei der am 3. Oktober in Berlin gemeinsam von NPD und rechtsextremistischem „Bündnis Rechts“ veranstalteten Demonstration attackierten führende NPD-Funktionäre wie der Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt und Neonazis wie der Hamburger Christian Worch im Zusammenhang mit den Terroranschlägen die USA und den „American way of life“ als den eigentlichen Grund für die „Zerstörung der Werte“. Die Anschläge wurden als Zeichen des „Widerstands unterdrückter Völker“ sowie als „Kampf der Völker gegen Globalisierung“ bezeichnet. Der innerparteiliche Oppositionelle Steffen Hupka rief, er wünsche der USA den Tod als Weltmacht.

Die rechtsextremistischen Parteien „Deutsche Volksunion“ (DVU) und „Die Republikaner“ (REP) verurteilen die Terroranschläge und agitieren in diesem Zusammenhang verstärkt fremdenfeindlich, indem sie die Gefahr des Islams pauschal hervorheben und vor angeblicher Überfremdung warnen.

b) Welche antisemitischen Äußerungen mit Bezugnahme auf die Anschläge in den USA von rechtsextremen Parteien und Organisationen sind bekannt geworden (bitte für jede Partei und Organisation einzeln dokumentieren)?

Der Rechtsanwalt Mahler bemühte in der ZDF-Sendung „Report“ am 19. September 2001 antisemitisch-verschwörungstheoretische Erklärungen: „Das, was jetzt mit New York und in Washington geschehen ist, ist die Kampfansage an den Globalismus. An die wabernden Finanzmassen, die überall die Volkswirtschaften ruinieren, die den Völkern die Lebensgrundlagen rauben. Und das heißt, dass die Macht des Geldes gebrochen werden muss. Und dann ist auch das Judaismus-Problem gelöst. Das ist nicht die Sache der Juden als Menschen, sondern das ist die Frage der Macht des Geldes, die jüdische Macht ist.“

Das Sprachrohr der DVU, die „National-Zeitung“ (NZ), nimmt die Anschläge zum Anlass, die jüdische Herkunft des World Trade Center-Besitzers zu betonen und seine besonders hohen Finanzmittel zu unterstreichen (Ausgabe Nr. 40 vom 28. September 2001, Seite 2).

c) Welche anti-islamischen Äußerungen mit Bezugnahme auf die Anschläge in den USA von rechtsextremen Parteien und Organisationen sind bekannt geworden (bitte für jede Partei und Organisation einzeln dokumentieren)?

Die NZ (Nr. 40 vom 28. September 2001) warnt unter der Schlagzeile „Frisst uns der Islam“ undifferenziert vor weiterer Einwanderung. Deutschland sei schon zum europäischen Staat mit der zweitstärksten muslimischen Minderheit durch Einwanderungspolitik herrschender Politiker geworden.

Der REP-Bundesvorsitzende Dr. Rolf Schlierer fordert, in Deutschland umgehend Konsequenzen zu ziehen, insbesondere im Umgang mit islamischen Fundamentalisten. Das weitgehend „ungestörte Treiben“ islamischer Organisationen in Deutschland sei ein unverantwortliches Sicherheitsrisiko. Mit dem Word Trade Center sei auch die multikulturelle Illusion untergegangen.

d) Welche generell ausländerfeindlichen Äußerungen mit Bezugnahme auf die Anschläge in den USA von rechtsextremen Parteien und Organisationen sind bekannt geworden (bitte für jede Partei und Organisation einzeln dokumentieren)?

Auf einer Homepage der NPD heißt es, dass durch die vom „BRD-Regime“ gezielt betriebene Überfremdung in Deutschland inzwischen Millionen Muslime lebten und daher solche Anschläge auch hier möglich seien. Der Geheimdienst zähle bundesweit zigtausend ausländische Extremisten; die Bundesrepublik Deutschland sei ein ideales Rückzugsgebiet für „Jihad-Kämpfer“ aus aller Welt.

Die DVU verteilte im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf ein Flugblatt, in dem die Ausländerpolitik angegriffen und mit den Worten „Das haben wir nun davon!“ kommentiert wird. In einem Schreiben behauptet der DVU-Vorsitzende Dr. Gerhard Frey, schlagartig sei klar geworden, dass seine Partei recht behalten habe. Eine total verrückte Ausländerpolitik habe „sogar Terroristen aus der ganzen Welt zu uns reingeholt“.

Im Übrigen wird auf die Antwort zur Frage 1c verwiesen.

e) Welche Forderungen nach Repressionen erheben rechtsextreme Parteien und Organisationen mit Bezugnahme auf die Anschläge in den USA (Todesstrafe, genereller Einwanderungsstopp etc. – bitte für jede Partei und Organisation einzeln dokumentieren)?

Der Funktionär des NPD-Landesverbands Schleswig-Holstein Jürgen Gerg veröffentlichte auf der Homepage des Landesverbands ein „Konkretes Aktionsprogramm zur Bekämpfung der akuten islamischen Bedrohung in unserem Land“. Darin wird u. a. gefordert, alle islamischen Gruppen, die in Deutschland politische Ziele verfolgen, sofort zu verbieten sowie eine „konsequente Rückführung aller auf deutschem Boden lebenden Bürger außereuropäischer Herkunft (…) innerhalb der nächsten 100 Tage“.

2. Wie reagiert die rechtsextreme Kameradschafts- und Skinheadszene auf die Anschlagserie in den USA?

a) Welche direkten oder indirekten Befürwortungen oder Verharmlosungen der Anschläge in den USA aus dieser Szene sind bekannt geworden (bitte einzeln dokumentieren)?

Im Bereich der Neonazis und rechtsextremistischen Skinheads lösten die Anschläge zum Teil Begeisterung aus. Einzelne Neonazis gehen soweit, sich ähnliche Anschläge in Deutschland zu wünschen. Vereinzelt gibt es Ansätze, die Ereignisse propagandistisch, beispielsweise durch Plakationen oder Verbrennen der US-Flagge, zu nutzen.

b) Welche antisemitischen Äußerungen mit Bezugnahme auf die Anschläge in den USA aus dieser Szene sind bekannt geworden (bitte einzeln dokumentieren)?

Antisemistische Äußerungen finden sich in verschiedenen Gästebüchern oder Foren neonazistischer Hompages. So heißt es beispielsweise in einem Internet-Forum, eine Nation, die die systematische Ausrottung ganzer Völker fördere, müsse mit Terroraktionen rechnen. Die Gebäude, die angegriffen wurden, seien absolute Wahrzeichen der „One World Strategen" und ihrer Globalisierungstheorie und seien Symbole dieser geistigen Haltung. Deshalb sei zu fordern: „DEATH TO Z.O.G." (Z.O.G. = Zionist Occupied Government).

c) Welche anti-islamischen Äußerungen mit Bezugnahme auf die Anschläge in den USA aus dieser Szene sind bekannt geworden (bitte einzeln dokumentieren)?

Im neonazistischen Homepage-Gästebuch „bravenet.com" heißt es beispielsweise, „wirklich, scheiß Islam, das muss man sich mal klar machen was die heute gebracht haben! Das Gebäude is weg und so ca. 40 000 Menschen auch, darunter bestimmt auch ne menge deutsche …! 88 & schlag sie tot!" (Schreibweise wie im Original). An anderer Stelle heißt es: „Ach ja was die Moslems in unserem Land betrifft – die Verbrennungsöfen in Auschwitz können immer noch verwendet werden – warum sollten sie vergammeln – jetzt wäre der richtige Zeitpunkt zu testen ob die Dinger noch funktionieren" (Schreibweise wie im Original).

Dagegen sprechen sich einzelne Neonazis dafür aus, sich mit den Islamisten im gemeinsamen Kampf gegenüber Judentum, Kapital und USA zu solidarisieren. So erschien am 22. September im Gästebuch der Homepage des „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnisses Westthüringen" der Aufruf eines „Werwolf" zum Kampf gegen den „us-imperialismus, auch hier in deutschland & weltweit!!!!". Islamisten wie „der hamas u. des dschijhad" würden zu natürlichen Verbündeten im Kampf gegen die „us-terroristen" und ihre „befehlsgeber" in Israel, die „geheimen weltherrscher". Gemeinsam mit den Freiheitskämpfern überall auf der Welt müsse man gegen die „zionistischen one world-extremisten" vorgehen (Schreibweise wie im Original).

d) Welche generell ausländerfeindlichen Äußerungen mit Bezugnahme auf die Anschläge in den USA aus dieser Szene sind bekannt geworden (bitte einzeln dokumentieren)?

Es wird auf die Antworten zu den Fragen 1 e) und 2 c) sowie auf die Vorbemerkung verwiesen.

e) Welche Forderungen nach Repressionen (Todesstrafe, genereller Einwanderungsstopp etc.) mit Bezugnahme auf die Anschläge in den USA aus dieser Szene sind bekannt geworden (bitte einzeln dokumentieren)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 e) sowie auf die Vorbemerkung verwiesen.

3. Wie reagiert die „Neue Rechte“ auf die Anschlagserie in den USA?

   a) Welche direkten oder indirekten Befürwortungen oder Verharmlosungen der Anschläge in den USA aus „neurechten“ Publikationen und Einrichtungen sind bekannt geworden (bitte einzeln dokumentieren)?

   b) Welche antisemitischen Äußerungen mit Bezugnahme auf die Anschläge in den USA aus „neurechten“ Publikationen und Einrichtungen sind bekannt geworden (bitte einzeln dokumentieren)?

   c) Welche anti-islamischen Äußerungen mit Bezugnahme auf die Anschläge in den USA aus „neurechten“ Publikationen und Einrichtungen sind bekannt geworden (bitte einzeln dokumentieren)?

   d) Welche generell ausländerfeindlichen Äußerungen mit Bezugnahme auf die Anschläge in den USA sind nach den Anschlägen in den USA aus „neurechten“ Publikationen und Einrichtungen bekannt geworden (bitte einzeln dokumentieren)?

   e) Welche Forderungen nach Repressionen (Todesstrafe, genereller Einwanderungsstopp etc.) mit Bezugnahme auf die Anschläge in den USA aus „neurechten“ Publikationen und Einrichtungen sind bekannt geworden (bitte einzeln dokumentieren)?

Die dem intellektuellen Rechtsextremismus zuzuordnenden Periodika wie „Nation & Europa“, „Signal – Das patriotische Magazin“, „Opposition – Magazin für Deutschland“, „Staatsbriefe“ oder „Sleipnir – Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik“ werden in ein- bis dreimonatiger Erscheinungsweise veröffentlicht, so dass noch keine aktuellen Druckausgaben mit Reaktionen auf die Terroranschläge in den USA vorliegen. Die inhaltliche Einarbeitung dieser Ereignisse verzögert zum Teil das Erscheinen der im Oktober fälligen Ausgaben.

Vereinzelt finden sich jedoch auf den Internet-Seiten dieser Publikationen bzw. der sie herausgebenden Verlage Stellungnahmen zu den Anschlägen am 11. September 2001. In diesen Verlautbarungen werden die Attentate als solche verurteilt, vor dem Hintergrund einer vermeintlich aggressiven, andere Kulturen grob missachtenden US-Außenpolitik aber zumindest als nachvollziehbar dargestellt. Es handele sich daher, so die weitere Argumentation, um einen genuin die USA betreffenden Konflikt, weshalb das von der Bundesregierung geäußerte Bekenntnis uneingeschränkter Solidarität mit Amerika objektiv gegen die Interessen Deutschlands und Europas gerichtet und deshalb verfehlt sei. Stattdessen gelte es, die deutsche Identität im eigenen Land zu wahren, mithin also seinerseits Widerstand gegen den globalen Uniformitätsdruck der USA zu leisten und andererseits das Ausbreiten fremder Kulturen in Deutschland durch Migration zu unterbinden bzw. wieder zurückzudrängen.

In einer auf der „Signal“-Homepage verbreiteten Stellungnahme vom 13. September heißt es, am 11. September sei die Vereinheitlichung der Welt im Namen des westeuropäisch-amerikanischen Lebensstils gescheitert. Das Recht der Völker auf Vielfalt sei anzuerkennen. Umso deutlicher müssten die Deutschen jetzt sagen, wie sie ihre eigenen Angelegenheiten geregelt sehen wollten.

Im Internet-Informationsdienst „OPPOSITION-heute“ des rechtsextremistischen Verlegers Gert Sudholt wird in Nr. 24/2001 vom 17. September polemisiert, die Deutschen befänden sich angesichts der 200 000 Betroffenheit demonstrierenden Menschen vor dem Brandenburger Tor offenbar im Wahn. Deutsche Politik finde nur noch unter amerikanische Regieanweisung statt. Niemand habe indessen im Andenken an die Opfer der US-Angriffe auf den Irak und Jugoslawien oder die palästinensischen Opfer nach israelischen Rachefeldzügen Kerzen angezündet. In Nr. 25/2001 vom 21. September heißt es, die beste Terrorabwehr funktioniere nicht, wenn man sich die ethnisch, kulturellen und religiösen Konflikte per Einwanderungsgesetz massenhaft ins Land hole.

Auch in der Wochenzeitschrift „Junge Freiheit“ kommentieren einzelne Rechtsextremisten die Terroranschläge gegen die USA mit deutlich antiamerikanischem bzw. antiwestlichem Akzent. In Nr. 39/2001 äußert der Publizist Werner Olles, die vom Geistigen wie nie zuvor abgekommene westliche Kultur sei zu dekadent, um die für das islamistische Ideologiegemisch konstitutiven Eigenarten des Patriarchalischen, Autoritäten und Natavistischen noch zu verstehen. Der Vordenker der französischen Neuen Rechten, Alain de Benoist, behauptet in derselben Ausgabe, das amerikanische Volk bekomme nunmehr am eigenen Leib die Konsequenzen der verabscheuungswürdigen, staatsterroristischen US-Außenpolitik zu spüren.

4. Wird gegen einzelne Äußerungen strafrechtlich ermittelt und wenn ja, gegen welche und nach welchen Paragraphen des Strafgesetzbuches (StGB) (bitte gesondert nach Bundesländern aufführen)?

Nach Angaben der zuständigen Landespolizeiämter wurden bis zum 1. Oktober 2001 bundesweit 19 Straftaten mit Bezug zu den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten von Amerika am 11. September 2001 gemeldet.

Nach vorliegenden Angaben liegen den bislang eingeleiteten Verfahren beleidigende, gewaltfördernde und verleumderische Äußerungen gegenüber Menschen jüdischen und islamischen Glaubens zu Grunde, welche größtenteils entweder durch Farbschmierereien bzw. Aufkleber in der Öffentlichkeit verbreitet oder aber in schriftlicher Form direkt an Geschädigte und öffentliche Einrichtungen gesandt wurden.

Die regionale Verteilung der mit Bezug auf die Terroranschläge in den USA begangenen Straftaten ist wie folgt:

	Straftatbestände					
Bundesländer	§ 130 StGB	§ 303 StGB	§ 241 StGB	§ 140 StGB	§ 185 StGB	§ 86a StGB
SH		1		1		
BR	1			1		
BY	2					
HE		1			1	
NI	1	1	2			
RP	1	1				
BW	1					
NW	1					
SN	1					1
ST		1				
Summe	**8**	**5**	**2**	**2**	**1**	**1**

5. Welche anti-islamisch motivierten Drohungen (Anrufe, Briefe) gegen Personen und Einrichtungen, Übergriffe auf Personen und Schmierereien und Anschläge auf Gebäude gab es seit den Anschlägen in den USA (bitte einzeln und gesondert nach Bundesländern aufführen)?

Den im Rahmen des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes – politisch motivierte Kriminalität“ gemeldeten Straftaten lag zum größten Teil eine anti-islamische Motivation zugrunde.

Die regionale Verteilung der anti-islamischen Straftaten ist wie folgt:

	Straftatbestände			
Bundesländer	§ 130 StGB	§ 185 StGB	§ 303 StGB	§ 241 StGB
SH			1	
BR	1			
HE		1	1	
RP			1	
BW	1			
NW	1			
NI	1		1	2
ST			1	
Summe	**4**	**1**	**5**	**2**

Aufgrund der Bewertung der Landespolizeidienststellen wurden hiervon bisher fünf Taten dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ zugeordnet. Bei den übrigen sieben Straftaten ergaben sich bislang keine Hinweise auf eine rechtsextremistische Motivation der Täter.

6. Welche antisemitisch motivierten Drohungen (Anrufe, Briefe) mit Bezugnahme auf die Anschläge in den USA gegen Personen und Einrichtungen, Übergriffe auf Personen und Schmierereien und Anschläge auf Gebäude gab es seit den Anschlägen in den USA (bitte einzeln und gesondert nach Bundesländern aufführen)?

Die regionale Verteilung der antisemistischen Straftaten ist wie folgt:

	Straftatbestände	
Bundesländer	§ 130 StGB	§ 140 StGB
BY	2	
BR		1
RP	1	
SN	1	
Summe	**4**	**1**

In dieser Aufstellung sind das Anbringen anti-amerikanischer und anti-semitischer Parolen auf zwei Baracken der KZ-Gedenkstätte Dachau durch unbekannte Täter am 16. September 2001 sowie das Verfahren aufgrund von Äußerungen des NPD-Mitgliedes Horst Mahler enthalten.

Vier der genannten Straftaten wurden dem Phänomenenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ zugeordnet. Das Verfahren in Rheinland-Pfalz beruht auf anti-semistischen Äußerungen eines stark alkoholisierten deutschen Staatsangehörigen in Mainz am 12. September 2001, der sich selbst in seiner Vernehmung als „eher links“ bezeichnete und seine Äußerungen damit zu entschuldigen versuchte, dass er von den Anschlägen in den USA stark berührt worden sein.

Weitere Verdächtige zu den Taten konnten bisher nicht ermittelt werden.

7. Welche generell ausländerfeindlichen Drohungen (Anrufe, Briefe) mit Bezugnahme auf die Anschläge in den USA gegen Personen und Einrichtungen, Übergriffe auf Personen und Schmierereien und Anschläge auf Gebäude gab es seit den Anschlägen in den USA (bitte einzeln und gesondert nach Bundesländern aufführen)?

Über die bereits in den Antworten auf die Fragen 5 und 6 darstellten strafrechtlich relevanten Sachverhalte hinaus liegen dem BKA zwei weitere mit Bezug zu den Anschlägen am 11. September 2001 in den USA vor. Hierbei handelt es sich im Einzelnen um ein Verfahren wegen Bedrohung und Billigung einer Straftat gemäß § 140 StGB und ein Verfahren wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gemäß § 86a StGB. Diesen Fällen liegt weder eine anti-islamische noch eine anti-semitische Motivation zu Grunde.

8. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Reaktionen und Aktivitäten mit Bezugnahme auf die Anschläge in den USA von rechtsextremen Parteien, Organisationen und Zusammenschlüssen in anderen europäischen Ländern (bitte einzeln nach Ländern und gesondert nach traditioneller Rechte, „Neuer Rechte“ und Skinheadszene aufführen)?

Die Beobachtung häufig angewählter Internet-Homepages ausländischer Rechtsextremisten und rechtsextremistischer Organisationen aus sieben Staaten zeigt ähnlich unterschiedliche Reaktionen wie die deutscher Rechtsextremisten. Mehrere ausländische rechtsextremistische Organisationen wie beispielsweise die US-amerikanische neonazistische „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslandsorganisation“ (NSDAP/AO) und der griechische neonazistische „Golden Dawn“, die revisionistischen „Zündelsite“ und „Vrij Historisch Onderzoek“ sowie die national-revolutionäre italienische „Forza Nuova“ haben bislang auf eine Stellungnahme verzichtet. Die rassistische US-amerikanische „World Church Of The Creator“ sieht bei einem bewaffneten Konflikt allein Israel als Nutznießer. Der rassistische US-amerikanische „Ku-Klux-Klan“ meint, der Anschlag sei ein Indiz dafür, dass die amerikanische Politik Gefahren für die US-Bürger heraufbeschworen habe. Die neonazistische Organisation „Danmarks National Socialistiske Bevaegelse“ erwartet den Beginn eines „globalen Bürgerkriegs“. Der nationalistische französische „Front National“ kondoliert dem amerikanischen Präsidenten, wendet sich aber gegen die uneingeschränkte Unterstützung der USA durch Frankreich. Die ebenfalls nationalistische französische Partei „Mouvement National Republicain“ bezeichnet den Anschlag als Tragödie und nutzt die Gelegenheit, ein neues Sicherheitskonzept vorzustellen. Die ausländerfeindliche britische „British National Party“ initiiert eine Flugblattaktion gegen islamistische Fundamentalisten und Asylbewerber und fordert die Aufhebung von Sanktionen gegen den Irak.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333